



Brüssel, den 19. Februar 2019
(OR. en)

6347/19

CLIMA 48
ENV 134
ENER 72
TRANS 102
SUSTDEV 17
AGRI 79
ECOFIN 155
COMPET 128
MI 142

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 15011/18

Betr.: Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft
– Orientierungsaussprache

1. Die Kommission hat am 28. November 2018 die Mitteilung "Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft" angenommen.
2. Nach der Sitzung des Rates (Umwelt) am 5. März 2019 werden die Ministerinnen und Minister ersucht, eine Orientierungsaussprache über die Mitteilung zu führen. Der Vorsitz hat ein Hintergrundpapier (siehe Anlage) mit Fragen erstellt, um die Aussprache zu strukturieren.
3. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, das Hintergrundpapier des Vorsitzes (siehe Anlage) zur Kenntnis zu nehmen und dem Rat für den oben genannten Gedankenaustausch zu übermitteln.

**Ein sauberer Planet für alle – Strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale
Wirtschaft**

– Hintergrundvermerk des Vorsitzes und Fragen an die Ministerinnen und Minister –

Einleitung

Die Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris werden ersucht, bis 2020 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nation (UNFCCC) ihre langfristigen Strategien für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung bis zur Mitte des Jahrhunderts zu übermitteln. In diesem Zusammenhang ersuchte der Europäische Rat die Kommission am 22. März 2018, bis zum ersten Quartal 2019 einen Vorschlag für eine Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris vorzulegen.

Am 28. November 2018 hat die Kommission die Mitteilung "Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft" angenommen. In der Mitteilung, die mit einer eingehenden Analyse einhergeht, werden keine neuen Zielvorgaben für die Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU vorgeschlagen, sondern acht verschiedene Szenarien vorgestellt, in denen eine Nettoverringerung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 100 % bis 2050 erzielt wird. Es wird betont, dass die Größenordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung, die nötig ist, um die Netto-Treibhausgasemissionen auf null zu senken, Anstrengungen in allen Wirtschaftssektoren, insbesondere Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landnutzung und Landwirtschaft, erfordern wird. Darüber hinaus wird in der Mitteilung darauf hingewiesen, welche Rolle Finanzierung und Investitionen, Forschung und Innovation, Beschäftigung und die sozialen Aspekte des Übergangs sowie die internationale Zusammenarbeit spielen.

Mit der Mitteilung soll eine umfassende Debatte mit Beteiligung von Entscheidungsträgern, Interessenträgern und der breiten Öffentlichkeit eingeleitet werden. Sie wurde am 19. Dezember 2018 dem Rat (Energie), am 20. Dezember 2018 dem Rat (Umwelt) und am 18. Februar 2019 dem Rat (Wettbewerbsfähigkeit) vorgestellt. Anschließend führten die Ministerinnen und Minister jeweils einen ersten Gedankenaustausch. Die Erörterung der Mitteilung und der dazugehörigen eingehenden Analyse werden auf Gruppenebene fortgesetzt. Unter rumänischem Vorsitz werden alle einschlägigen Ratsformationen ausführliche Orientierungsaussprachen über den Beitrag ihrer jeweiligen Politikbereiche zur Gesamtvision führen, um eine Beratungsgrundlage für Gespräche auf Ebene des Europäischen Rates zu liefern und deren Vorbereitung zu unterstützen. Damit sollte die EU in die Lage versetzt werden, der UNFCCC bis 2020 eine langfristige Strategie vorzulegen, die mit den Vorgaben und langfristigen Zielen des Übereinkommens von Paris im Einklang steht.

Bei der Vorbereitung der langfristigen Strategie der EU sollten die integrierten nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, die wiederum mit deren langfristigen Strategien übereinstimmen müssen.

Energie

Die acht Szenarien, die in der Mitteilung der Kommission bewertet werden, beruhen entweder auf bestehenden oder auf neu aufkommenden Lösungen. In allen Szenarien wird vorausgesetzt, dass sich das Energiesystem bis zur Jahrhundertmitte von fossilen Brennstoffen weg- und zu einer großflächigen Elektrifizierung hinbewegen wird, die durch den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien vorangetrieben wird. Damit würden die Versorgungssicherheit erheblich verbessert, die Abhängigkeit von Energieimporten verringert und Arbeitsplätze in der EU gefördert werden. Bei der Umgestaltung der Energieerzeugung in Europa sind bereits beachtliche Fortschritte gemacht worden. Die Kosten erneuerbarer Energie sind in den vergangenen zehn Jahren bereits deutlich zurückgegangen, insbesondere im Fall von Solar- und Windenergie, und mehr als die Hälfte der Stromversorgung in der EU erfolgt ohne Treibhausgasemissionen. Laut Kommission werden bis 2050 mehr als 80 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen, und der Anteil der Kernkraft wird bei etwa 15 % liegen. Für den Übergang zu einem weitgehend dezentralen Stromsystem auf der Grundlage von erneuerbaren Energien sind ein intelligenteres, flexibles System, stärkere Vernetzung, wirksamere Energiespeicherung in großem Maßstab sowie nachfrageseitige Steuerung und digitalisiertes Management erforderlich. Weiterhin ist eine geeignete und intelligente Infrastruktur nötig, um optimale Netzverbindungen und Sektorenintegration in ganz Europa, einschließlich größerer Synergien zwischen Verkehrs- und Energiesystem, sicherzustellen.

Energieeffizienz wird eine zentrale Rolle bei der Verringerung von Emissionen aus industriellen Prozessen und Gebäuden spielen. Höhere Renovierungsquoten, ein Umstieg bei den Heizstoffen, die Nutzung äußerst effizienter Produkte und Geräte und bessere Dämmstoffe werden zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind unter anderem Digitalisierung und Heimautomatisierung, Kennzeichnung und Normen. Höhere Renovierungsquoten setzen voraus, dass die nötigen Finanzinstrumente und Arbeitskräfte verfügbar sind; außerdem muss die Umgestaltung erschwinglich sein, um die Einbindung der Verbraucher sicherzustellen.

Verkehr

Der **Verkehr** ist heute für rund ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich. Voraussetzung für den Übergang zu sauberer Mobilität sind die Einbindung aller Verkehrsträger und ein systembasiertes Konzept, das emissionsarme und emissionsfreie Fahrzeuge, CO₂-freien, dezentralisierten und digitalisierten Strom, effizientere und nachhaltigere Batterien, Vernetzung und autonomes Fahren umfasst. Im Hinblick auf Verkehrsträger, bei denen sich die Elektrifizierung schwieriger gestaltet, wie etwa der Luftfahrt, der Seeschifffahrt und schweren Nutzfahrzeugen, werden alternative Kraftstoffe eine wichtige Rolle spielen. Bei der Herstellung alternativer Kraftstoffe und bei Fahrzeugtechnologien (Batterien, Brennstoffzellen und Wasserstoffverbrennungsmotoren) sind weitere Forschung und Entwicklung nötig. Ebenso sollten Infrastruktur und Raumplanung so verbessert werden, dass die Verkehrsnetze, einschließlich öffentlicher Verkehrsträger, verbessert, der Rad- und Fußverkehr gefördert und Geschäftsreisen durch den Einsatz digitaler Technologien reduziert werden. Darüber hinaus sind Verhaltensänderungen vonnöten.

Industrie und Kreislaufwirtschaft

Die europäische Industrie ist schon heute eine der effizientesten weltweit. Damit das so bleibt, muss eine wettbewerbsfähige, ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft entwickelt werden. Bei der Herstellung von Industriegütern können Energiebedarf, Rohstoffeinsatz und Prozessemissionen vor allem dank der zunehmenden Wiederverwendung und dem zunehmenden Recycling von Rohstoffen noch weiter reduziert werden. Auch neue Rohstoffe, Digitalisierung und Entscheidungen der Verbraucher werden eine Rolle spielen. Trotzdem werden viele prozessbedingte Industrieemissionen nur sehr schwer zu vermeiden sein. Es gibt durchaus Möglichkeiten, um diese Emissionen zu mindern – zum Beispiel CCS und CCU (Carbon Capture and Utilisation – Abscheidung und Nutzung von CO₂) oder die Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff und nachhaltiger Biomasse als Einsatzstoff für eine Reihe industrieller Prozesse. Allerdings müssen die nötige Forschung, Innovation und Demonstration beschleunigt und Fragen bezüglich ihrer öffentlichen Akzeptanz ausgeräumt werden, damit CCS künftig eine wichtige Rolle spielen kann. Schließlich wird auch eine gestärkte EU-Handelspolitik dazu beitragen, eine nachhaltige und gesicherte Versorgung mit seltenen Erden und anderen Rohstoffen, die für die EU von entscheidender Bedeutung sind, sicherzustellen.

Verstärkung von Senken und Aufbau einer Biowirtschaft

Die Emissionen anderer aus der Landwirtschaft stammenden Treibhausgase als CO₂ können durch effiziente und nachhaltige Erzeugungsverfahren verringert werden. Außerdem verfügen landwirtschaftliche Böden über ein beträchtliches Potenzial für die Bindung und Speicherung von CO₂. Die Anpassung bestimmter landwirtschaftlicher Tätigkeiten auf organischen Böden und die Wiederherstellung von Torfmooren und Feuchtgebieten können die Emissionen drastisch vermindern. Nachhaltiger Biomasse fällt eine wichtige Rolle zu, da sie direkte Wärme liefern, in Biobrennstoffe und Biogas umgewandelt werden und nach einer Reinigung anstelle von Erdgas durch das Gasnetz befördert werden kann. Eine nettoemissionsfreie Wirtschaft setzt voraus, dass gegenüber dem heutigen Verbrauch mehr Biomasse zur Verfügung steht. Eine höhere Biomasseproduktion muss durch eine Kombination von Quellen erreicht werden; gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass natürliche Senken in der EU erhalten bleiben oder verstärkt werden. Durch Aufforstung und Wiederherstellung geschädigter Wälder und anderer Ökosysteme kann die Aufnahme von CO₂ weiter gesteigert werden, gleichzeitig kommt dies auch der Biodiversität, den Böden und den Wasserressourcen zugute und steigert im Laufe der Zeit die Verfügbarkeit von Biomasse.

Rahmen für Herausforderungen und Möglichkeiten

Um den Übergang zu steuern, sind verstärkte politische Anstrengungen nötig, und die Umgestaltung der Wirtschaft wird beträchtlichen zusätzlichen Investitionsbedarf schaffen. Technologische Innovationen im Energie-, Gebäude-, Verkehrs-, Industrie- und Landwirtschaftssektor werden intensiviert werden müssen und können durch bahnbrechende Technologien beschleunigt werden. Forschung, Entwicklung und Demonstration werden die Kosten bahnbrechender Technologien deutlich senken, doch bedürfen sie eines Rahmens, in dem sie unterstützt werden, in dem private Investitionen stärker fließen, von dem die richtigen Marktsignale ausgehen und in dem ein sozial gerechter Übergang gewährleistet ist. Der weitaus größte Teil dieser Investitionen wird von Privatunternehmen und Haushalten getragen werden. Um solche Investitionen zu fördern, müssen die EU und die Mitgliedstaaten klare, langfristige Signale geben, um die Investoren zu lenken, verlorene Vermögenswerte zu vermeiden, nachhaltige Finanzmittel zu mobilisieren und diese in saubere Innovationsmaßnahmen zu kanalisieren. Manche Regionen Europas sind stärker von CO₂-intensiven Industrien abhängig als andere und manche Regionen sind besser an Energieinfrastruktur oder Verkehrsnetze angeschlossen als andere. Zwar stehen viele Sektoren, Städte und Regionen unbestreitbaren Herausforderungen gegenüber, aber der Übergang zu klimaresistenten Wirtschaftsräumen mit niedrigen Treibhausgasemissionen hat bereits zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und birgt weiterhin das Potenzial dazu. Allerdings werden politische Maßnahmen nötig sein, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Sektoren zu schützen, in denen in der Zukunft ein Rückgang der Arbeitsplätze zu erwarten ist.

Fragen an die Ministerinnen und Minister:

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Strukturierung der weiteren Arbeiten werden die Ministerinnen und Minister ersucht, eine Orientierungsaussprache auf der Grundlage folgender Fragen zu führen:

1. Welche Elemente der langfristigen Vision sind – anhand Ihrer Bewertung/Analyse auf nationaler Ebene der Anstrengungen, die nötig sind, um die Zielvorgaben des Übereinkommens von Paris zu verwirklichen – im Hinblick auf die Herausforderungen und/oder Möglichkeiten des sozial gerecht und kosteneffizient gestalteten Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft am wichtigsten? Welche Strategien oder Instrumente auf EU-Ebene könnten dazu beitragen, die spezifischen Herausforderungen zu bewältigen?

2. Die für den Übergang nötigen Investitionen werden hauptsächlich aus dem Privatsektor kommen müssen. Welcher Rahmen ist nötig, um die notwendigen Investitionen unter anderem im Bereich neuer Technologien durch Forschung, Innovation und Entwicklung sowie im Bereich Bildung und Ausbildung einschließlich Umschulung und Höherqualifizierung der Erwerbsbevölkerung anzuregen?
